linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 10 3/16

AUSWEITUNG DER KITA-SCHLIESSZEITEN AB 2017

Sparen auf dem Rücken von Kindern, Eltern und ErzieherInnen

Eine böse Überraschung erwartet nächstes Jahr die Eltern der rund 9.500 Kinder in Kasseler Tageseinrichtungen.

Nach dem Willen des Magistrats sollen die Kitas künftig eine Woche länger geschlossen bleiben, d. h. die reguläre Schließzeit von vier Wochen verlängert sich um eine weitere zu Fortbildungszwecken der ErzieherInnen. Damit kehrt die Stadt zu einer Regelung zurück, die aufgrund der höheren Belastung vieler Eltern erst vor drei Jahren zugunsten kürzerer Schließzeiten aufgegeben wurde.

Bereits die bisherige 3plus1-Wochen-Regelung ist für viele berufstätige Eltern, vor allem alleinerziehende, eine organisatorische Herausforderung. Die geplante Änderung mit bis zu 25 regulären Schließtagen im Jahr wird das Jonglieren zwischen Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten weiter erschweren: Bei einem gesetzlichen Mindesturlaubsanspruch von 20 Tagen und einem Recht auf Inanspruchnahme – auch für städtische Bedienstete – von maximal zwei Wochen am Stück werden viele Familien nicht nur darauf festgelegt, ihren Urlaub während der Kitaschließzeiten zu nehmen – ein gemeinsamer Familienurlaub ist teilweise sogar nicht mehr möglich, wenn Eltern ihren Urlaubsanspruch zeitlich versetzt wahrnehmen müssen, um die Kinderbetreuung während der Schließzeiten zu gewährleisten. Als Alternative verweist der Magistrat auf das mit der nun beschlossenen Satzungsänderung obligatorisch vorgesehene Notkita-Angebot – die Erfahrung zeigt jedoch, dass Notkitas sehr unterschiedlich von den Kindern angenommen werden, da die Einrichtungen ihnen fremd sind und zudem häufig in einem anderen Stadtteil liegen, so dass für viele Eltern dieses Angebot nur eingeschränkt eine Hilfe darstellt.

Schließzeiten von bis zu fünf Wochen demnächst an städtischen Kitas. Kein Zufall, sondern Ergebnis fortgesetzter Sparpolitik.

Begründet wird die Satzungsänderung ausgerechnet mit dem Elternwillen: Der HNA gegenüber erklärte die Gesamtelternbeiratsvorsitzende Dr. Cornelia Janusch, mit der verkürzten Schließzeit gehe ein geringerer Personalschlüssel einher, daher seien in einigen Kitas keine besonderen Betreuungsangebote mehr möglich. Keine Aussage machte sie hingegen zur Betreuungsqualität für jene Kinder, die künftig im Bedarfsfall in einer Notkita untergebracht werden müssen. Erst auf Nachfrage räumte die Bildungsdezernentin Anne Janz (in der mit der Magistratsvorlage befassten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen) ein, dass der Kern des Problems die Personalnot bei der Stadt Kassel ist.

Für die ErzieherInnen, die angesichts großer Betreuungsgruppen und dünner Personaldecke zum Teil bereits an der Belastungsgrenze arbeiten, bedeuten die verlängerten Schließzeiten jedoch nicht automatisch eine Verbesserung, wie vom Magistrat behauptet wird. Vielmehr werden ihnen damit vier Wochen Zwangsurlaub auferlegt, der während der regulären Schließzeiten in den Sommer- und Weihnachtsferien zu nehmen sein wird. Erleichterung durch die erweiterte Schließzeit erfährt ausschließlich das Jugendamt in seiner Personalplanung, außerdem wird eine Einsparung von Personalstunden erzielt.

Besonders die Kasseler Grünen und ihre Bildungsdezernentin müssen sich in diesem Zusammenhang den Vorwurf gefallen lassen, die angespannte Perso-

weiter auf Seite 2

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

nalsituation in den Kasseler Kitas auszusitzen. Ihre Aufgabe wäre es, sich in der schwarz-grünen Regierungskoalition auf Landesebene dafür einzusetzen, das Kinderförderungsgesetz (KiFöG) zu modifizieren (gegen dessen Einführung 2013 noch 140.000 Unterschriften gesammelt wurden!), den Betreuungsschlüssel deutlich anzuheben und die Träger und Kommunen mithilfe finanzieller Anreize in die Lage zu versetzen, ihre Ganztagsangebote in der Kinderbetreuung auszuweiten – stattdessen wird die Last den Eltern und ErzieherInnen aufgebürdet. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der schon seit Langem geforderten Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste, die auch die Stadt Kassel (als Teil der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände VKA) nach wie vor verweigert. Diese sind neben der Reform des KiFöG jedoch ein Schlüssel, um den ErzieherInnenberuf wieder attraktiver zu gestalten und das Personal zu qualifizieren.

Offenbar um die bittere Pille ein wenig zu versüßen, beinhaltet die Satzungsänderung auch eine Regelung, die die Rückzahlung von Kita-Beiträgen im Streikfall auf Antrag ermöglicht. Mit der Verknüpfung dieser überfälligen Einfügung mit dem skandalösen Hauptanliegen der Magistratsvorlage, der Ausweitung der Schließzeiten, begründete denn auch die SPD ihre Zustimmung, ohne auf die zu erwartenden Belastungen für die Eltern weiter einzugehen.

Bezeichnend ist, mit welcher Geschwindigkeit die entsprechende Satzungsänderung durch die Gremien gepeitscht wurde: Am 31.10. erhielten die Fraktionen die entsprechende Magistratsvorlage, zwei Tage später stimmte der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Kasseler Linke bei Enthaltung der anderen Fraktionen zu (die FDP fehlte), bei der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.11. wurde die Vorlage dann nach kurzem Schlagabtausch mehrheitlich beschlossen. Ursprünglich sollte das Stadtparlament das Dokument sogar ohne weitere Aussprache beschließen.

Nun sind Sie als Betroffene gefragt: Wie stehen Sie zu den erweiterten Schließzeiten? Welche Auswirkungen hat die Neuregelung für Sie konkret? Welche Ideen haben Sie, um sich dagegen im Rahmen außerparlamentarischer Aktionen zu wehren? Vorschläge und Anregungen nehmen wir dankbar entgegen. Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen!

Lutz Getzschmann

AfD IN DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Keine Alternative für Kassel

Was die AfD bis dato in der Stadtverordnetenversammlung und in den jeweiligen Fachausschüssen zustande gebracht hat, reicht von sinnfreien bis hin zu offen völkisch-rassistischen Anfragen und Anträgen.

Mal erklärt die AfD Frauen für nicht fähig, bei der Berufsfeuerwehr zu arbeiten, mal behauptet sie, sexuelle Übergriffe an Kasseler Schulen, verübt von Migranten und Flüchtlingen, seien an der Tagesordnung. Die ständige Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge hindert den – als AfD-Fraktionsvorsitzenden mittlerweile zurückgetretenen – Dieter Gratzer nicht, in seiner Eigenschaft als Vermieter aus der Unterbringung von Flüchtlingen Profit zu schlagen. Zu diesem Zwecke schreckt er auch nicht davor zurück, langjährige Mieter seiner Immobilien mittels Räumungsklage aus ihrer Wohnung zu drängen. Sieht so eine Alternative für Deutschland im Allgemeinen und für Kassel im Speziellen aus? Im Gegensatz zu SPD, CDU, Grüne und FDP hat die neue Fraktion der Kasseler Linken schon während der konstituierenden Stadtverordnetenversammlung am 11. April den Charakter dieser Partei klar offengelegt und demzufolge die AfD auf Plakaten als rassistisch, unsozial und frauenfeindlich bezeichnet. Dafür erntete die Kasseler Linke von den anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung erhebliche – polemische – Kritik, die mit den politischen Realitäten nichts zu tun hat.

Die AfD ist der Geist, der von der bürgerlichen Politik – ganz gleich, ob auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene – aus der Flasche gerufen wurde. Die immer weiterführende soziale Polarisierung in der Gesellschaft und das politische Gegeneinander-Ausspielen ganzer gesellschaftlicher Gruppen sind die Basis der AfD-Wahlerfolge. Und dies gilt auch für Kassel! Der Zusammenhang von Ursache und Wirkung wird in einer Mentalität spätfeudaler Borniertheit von SPD, CDU, Grünen und FDP völlig ignoriert. Es ist kein Zufall, dass es sich bei den Wahlhochburgen der Kasseler AfD um die Stadtteile Bettenhausen, Forstfeld und Waldau handelt – jene Stadtteile, die jahrelang politisch vernachlässigt und in ihrer Entwicklung nachhaltig geschwächt worden sind.

Es bleibt dabei: Nur eine bewegungsorientierte linke Opposition im Kasseler Rathaus ist in der Lage, sich der sozialen Bedürfnisse der Menschen in Kassel nach guter Arbeit, günstigem Wohnraum, vernünftigen Rahmenbedingungen in der Bildung und einem gut strukturierten ÖPNV anzunehmen bzw. all dies offensiv zu artikulieren.

Mirko Düsterdieck

MURAT ÇAKIR

OB-Kandidat der Kasseler Linken

Er verstehe seine Kandidatur als eine »Kampfansage an die neoliberale Denkweise in der Kommunalpolitik« und wolle damit »Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden in den Mittelpunkt rücken – gegen den Stumpfsinn des Sparens, Privatisierungen und den Ausverkauf der Stadt«, so der Kasseler Dolmetscher und Übersetzer Murat Çakır.

Auf der Wahlversammlung am 1. November 2016 wurde der 56-Jährige von der Kasseler Linken einstimmig zum Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel gewählt.

Çakır, der seit mehr als vier Jahrzehnten in Kassel lebt, sieht seine Kandidatur »in erster Linie als eine Kandidatur der verschiedenen sozialen Bewegungen, Initiativen und friedensbewegten Menschen Kassels« an. Er stehe an der Seite der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern, jungen Menschen und in die Armut Gezwungenen . Mit seiner Kandidatur wolle er dazu beitragen, »dass die Stimme derjenigen Menschen, die von der etablierten Politik bis jetzt ignoriert wurde, stärker angehört wird«. Er wolle die Einwohnerinnen und Einwohner Kassels ermutigen und sie motivieren, für ihr Recht auf Stadt aktiv zu werden und für ihre unmittelbaren Interessen zu kämpfen.

Es sei notwendiger denn je, »sich für eine 100-prozentig soziale Politik einzusetzen und für den Erhalt und Ausbau der kommunalen Dienstleistungen zu kämpfen«. Am Beispiel der städtischen Kindertagesstätten könne man das sehen. Çakır: »Anstatt der Ausweitung der Kita-Schließzeiten benötigen wir eine bessere Personalausstattung der städtischen Kindertagesstätten. Die Ausweitung der Kita-Schließzeiten ist ein Schritt, der viele Eltern massiv betreffen wird und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert«. Genauso gelte es, sich dafür einzusetzen, dass Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung und Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleibt. Mehr Demokratie und BürgerInnenbeteiligung, bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum, Mobilität für alle – kostengünstig und umweltverträglich ausgebaut – sei machbar. Çakır: »Wir benötigen eine sozial gerechte, demokratische und ökologische Politik, die nicht vor sogenannten Sachzwängen kapituliert, sondern jede Möglichkeit für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen in unserer Stadt ausnutzt«. Dafür stehe er mit seiner Kandidatur.

Zur Person: Murat Çakır wurde 1960 in Istanbul geboren und ist hauptberuflich Regionalbüroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hessen. Zwischen 1989 und 2001 war er Mitglied des Ausländerbeirates der Stadt Kassel. Seit Gründung ist er Mitglied der Partei DIE LINKE. Weitere Informationen: http://murat-cakir.de

STÄDTISCHER HAUSHALT 2017

Kürzungen festgeschrieben

Die Kasseler Linke kritisiert den Haushaltsplanentwurf des Stadtkämmerers Christian Geselle (SPD) als unsozial. Er ist eine Zementierung der Sparpolitik der letzten Jahre.

Aufbauend auf der Schutzschirmpolitik, die zu einer Erosion wichtiger Elemente der Daseinsvorsorge wie die Schließung von Bürgerbüros, Stadtteilbibliotheken und der Schließung der Joseph-von-Eichendorff-Schule geführt hat, fehlt jeglicher Wille von SPD und GRÜNEN, in der vorliegenden Vorlage Kürzungen rückgängig zu machen. „Hinzu kommt das Fehlen und der weitere Rückgang von gutem und günstigem Wohnraum durch kräftige Mietsteigerungen, der voranschreitende Sanierungsstau an Schulen, die völlig unzureichende personelle Ausstattung bei Inklusion und Kitas, die Blockierung beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Wegfall von Angeboten für Jugend und Kultur. Im kommenden Jahr drohen den Menschen in Kassel Stillstand und weitere Verschlechterungen“, so Fraktionsvorsitzender Lutz Getzschmann. „Der Trend, Kassel wie einen Konzern zu regieren, statt gemeinsam einen Lebens- und Wohnort verschiedener Generationen und Kulturen zu gestalten, muss dringend umgekehrt werden.“

Lutz Getzschmann

Bildung: Die Investitionslücke für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen liegt immer noch bei 70 Mio. EUR und ist nicht weiter hinnehmbar. Die Kasseler Linke fordert hier Mehraufwendungen von 5 Mio. EUR jährlich. „Bei der Ausgestaltung der Modellregion Inklusion brennt es an allen Ecken. Dies gilt für den Bereich der Gebäude genauso wie für die Personalausstattung“, so Simon Aulepp, jugend- und bildungspolitischer Sprecher der Kasseler Linke. Die Stadt muss aufhören, sich hinter der völlig unzureichenden personellen Ausstattung durch das Land zu verstecken. Die Kasseler Linke fordert deswegen u.a. die Einstellung von Haushaltsmittel für je einen/eine Schulsozialarbeiter/Schulsozialarbeiterin pro 200 SchülerInnen, mindestens jedoch eine Stelle pro Schule.

Simon Aulepp

Verkehrspolitik: Für einen zukunftsfähigen Nahverkehr und die Erfüllung von Nahverkehrsplan und Verkehrsentwicklungsplan sind finanzielle Mittel notwendig.„Die Liniennetzreform könnte dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn der KVG die entsprechend notwendigen Gelder im Haushalt zur Verfügung gestellt werden“, so Violetta Bock, verkehrspolitische Sprecherin der Kasseler Linke. Der entsprechende Änderungsantrag liege der Stadtverordnetenversammlung vor, er fordert zumindest weitere geplante Kürzungen abzuwenden.

Violetta Bock

Soziales: Der Änderungsantrag der Kasseler Linken zur probeweisen Einführung eines Sozialtickets für 20 EUR im Monat bietet die Chance BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG, Wohngeld und Grundsicherung eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu Vera Kaufmann, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion: „Mobilität ist sowohl für die gesellschaftliche Teilhabe, als auch für die Arbeitssuche wichtig und sollte nicht am Geld scheitern. Ich wünsche mir das Sozialticket als ersten Schritt zur Einführung eines kostenfreien ÖPNV.“

Vera Kaufmann

Kultur: Die Verantwortlichen der Stadt Kassel haben dem Abbau von Jugend- und Kultureinrichtungen wie dem „Unten“ oder dem „Haus“ im letzten Jahr nichts entgegengesetzt. Dem Henschelgelände als wichtigen Ort verschiedener Initiativen der freien Kulturszene droht, ähnlich wie bei Salzmann, der Verfall, wenn nicht sofort entschieden gegengesteuert wird. Dazu Stephanie Schury, kulturpolitische Sprecherin der Kasseler Linke: „Die Einstellung von Mitteln für die Entwicklung eines Konzepts zur Absicherung ist dringend nötig. Wenn die Stadt die Kulturhauptstadtbewerbung ernst nimmt, muss sie jetzt handeln.“

Stephanie Schury

Finanzen: Den Kürzungen bei den Bedürfnissen der Menschen, die in Kassel leben, setzt die Kasseler Linke eine Erhöhung beim Gewerbesteuer-Hebesatz entgegen. Damit ist verbunden, die Unternehmen an den bisherigen und zukünftigen Millionenkosten für die Entwicklung des Gewerbegebietes Langes Feld und dem chronisch defizitären Millionengrab „Flughafen Kassel-Calden“ heranzuziehen. Mirko Düsterdieck, Mitglied des Finanzausschusses meint, dass „die Einstellung von kommunalen Betriebsprüfern weitere Chancen bietet, die Einnahmeseite der Stadt zu verbessern. Die zu erwartenden Mehreinnahmen durch Steuernachforderungen werden dringend benötigt, um den Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge voranzutreiben.“

Mirko Düsterdieck

Der Haushaltsansatz für Gewerbesteuereinnahmen bleibt mit 147 Mio. EUR erheblich hinter den erzielten Zahlen des Vorjahres sowie Prognosen des statistischen Landesamtes zurück. Der Kämmerer rechnet die Stadt damit bewusst arm um beispielsweise dringend notwendige Ausgaben im Bereich des sozialen Wohnungsbaus nicht realisieren zu müssen. Dem Schuldenabbau wird damit eine höhere Priorität eingeräumt als der Verbesserung der Lebensumstände der Kasselerinnen und Kasseler. Daran muss sich dringend etwas ändern.

KVG NETZREFORM

Bürgerversammlung kommt

Es bleibt spannend. Fest steht im Moment nur eins: es wird absehbar eine Bürgerversammlung zur Umstrukturierung des Liniennetzes geben.

Davon waren zwar anfangs die Mehrheitsparteien nicht begeistert, nachdem sich verschiedene Akteure außerhalb des Rathauses nun aber dazu gemeldet haben (Initiative Nahverkehr für Alle, BUND, Asta, Eltern...), kündigten nun auch Grüne und SPD ihre Zustimmung an.

Anders sieht es bei der Liniennetzreform selbst aus. Weiterhin stehen 300-400.000 Euro Kürzungen im Raum, die mit vage prognostizierten 600.000 Euro Mehrreinnahmen zur Ergebnisverbesserung der KVG führen sollen. Die Ortsbeiräte haben Stellung bezogen, ihr Urteil ist gemischt, viele bleiben bei der Kritik, die sie auch schon zum ersten Entwurf der KVG formuliert haben und stellen Nachforderungen. Die Anträge von BürgerInnen, die von der Stadt forderten der Verantwortung für die Daseinsvorsorge gerecht zu werden, indem sie die KVG finanziell auch entsprechend ausstattet, wurden im letzten Eingabeauschuss abgelehnt. Hätten sie Zustimmung gefunden, wäre zumindest schon mal die Kürzung vom Tisch und man könnte sich ernsthaft Gedanken machen, wie ein neues Bus- und Tramnetz aufgebaut sein könnte.

Dies sagt allerdings auch noch nichts darüber aus, ob die Liniennetzreform nun kommt. Die geänderten Kräfteverhältnisse machen sich bemerkbar und es ist höchst wackelig, ob es lohnt die Netzreform überhaupt in der vorliegenden Form in die Gremien zu schicken. Es kann auf einzelne Stimmen ankommen. Da regt sich auf einmal die kleinste, dreiköpfige Fraktion Freie Wähler + Piraten und möchte den Mehrheitsbeschaffer spielen. Da könnte man ja denken, dass sie, die sich zuvor als die größten Kritiker gaben, zumindest noch einige Verbesserungen fordern. Aber nein, lediglich kleine Änderungen im eigenen Stadtteil werden als Preis angeboten, um sich den Fraktionen SPD und Grüne anzubiedern und ihnen eins der umstrittensten Projekte durchgehen zu lassen – den Abbau des Nahverkehrs. Aber: noch ist nichts entschieden.

Deswegen kommt zur Bürgerversammlung und bringt eure Meinung ein.

Violetta Bock

BEZAHLBARER WOHNRAUM

Rot-Grün schweigt zu den Problemen

Wohnungsbau im Wesertor. Aus dem Expose der Entwicklungsgesellschaft: „Bereits der voluminöse Entreé und die über ein großzügige Fensterflächen belichtete Wohnungen vermittelt Großzügigkeit und Transparenz...Um die „Sonnenseiten" des Lebens zu genießen, präsentieren sich alle Wohnungen mit Balkone und Terrassen."... gesehen in einem der ärmsten Stadtteile Kassels.

Die Lage auf dem Kasseler Wohnungsmarkt ist angespannt, was inzwischen vor allem Menschen mit niedrigen Einkommen zu spüren bekommen.

Zwar wird in der Stadt viel gebaut, in erster Linie jedoch frei finanzierte Mietwohnungen im oberen Preissegment, Stadtvillen und Einfamilienhäuser. Dramatisch verknappt haben sich hingegen kleine und günstige Wohnungen: Mehr als 50 Prozent aller Haushalte in der Stadt sind inzwischen Ein-Personen-Haushalte.

Die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen ist in den letzten vier Jahren von 9.100 auf 8.500 zurückgegangen. Die Zahl der direkt miet- und belegungsgebundenen Wohnungen dürfte inzwischen bei unter 6.000 stadtweit liegen. Im Zeitraum von 2010 bis einschließlich 2015 sind insgesamt 1.495 Wohnungen aus der Bindung herausgefallen, gleichzeitig ist die Zahl der in den letzten zwei Jahren beantragten Bauvorhaben in diesem Bereich viel zu gering, um den Bedarf zu decken. So wurden in vier Jahren gerade einmal 41 Sozialwohnungen gebaut. Dass das Herausfallen aus der Sozialbindung sich innerhalb kurzer Zeit drastisch auf den Mietpreis auswirken kann, belegt schon eine einzige Zahl: Etwa 23 % aller ehemaligen Sozialwohnungen liegen heute über der durchschnittlichen Angebotsmiete der Stadt.

Auf gesamtstädtischer Ebene ist die Angebotsmiete im Zeitraum von 2011 bis 2014 um 21,7 % gestiegen. Lag der durchschnittliche Mietpreis 2011 noch bei 5,51 €/m², so ist er bis 2014 auf 6,71 €/m² gestiegen. Die stärkste Entwicklung mit einem Anstieg von 39,6 % ist in der Nordstadt zu verzeichnen. Dort sind die Mieten von 4,56 €/m² auf 6,37 €/m² gestiegen. Harleshausen folgt mit einer Steigerung von 34,5 %. Erwähnenswert ist außerdem, dass sich die höchste ermittelte durchschnittliche Angebotsmiete mit 7,75 €/m² ausgerechnet im Stadtteil Wesertor findet. Dies erklärt sich durch die hohe Anzahl kleinerer Wohnungen, die im Verhältnis deutlich teurer sind.

Wir brauchen dringend eine Offensive im sozialen Wohnungsbau, was voraussetzt, dass bei den politisch Verantwortlichen ein Bewusstsein dafür entsteht, dass auch in Kassel, wo lange Zeit mit niedrigen Mieten, hohen Leerständen und einer sinkenden Bevölkerungszahl gelebt und geplant wurde, inzwischen Wohnungsnot existiert und sich verschärft.

Mithilfe einer Sozialwohnungsquote lässt sich beim Bau von Wohnungen durch private Investoren sicherstellen, dass auch im bezahlbaren Segment Wohnungen entstehen. In Bremen wurde eine solche Quote 2013 eingeführt, die beim Verkauf von städtischen Grundstücken sowie bei der Schaffung von neuem Baurecht dazu verpflichtet, 25 % der neu zu schaffenden Wohnungen im bezahlbaren Segment anzusiedeln. Durch die Einführung von Sozialquoten können InvestorInnen an ihre soziale Verpflichtung durch Eigentum und Kapital gebunden werden. Auch Städte wie Frankfurt, Ulm, München, Hamburg, Stuttgart, Regensburg, Freiburg, Münster, Düsseldorf, Berlin und viele andere haben diese Möglichkeit bereits ergriffen.

Was in Kassel bisher fehlt, ist der politische Wille vonseiten des Magistrats, durch diese und andere Maßnahmen in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Wenn der Kämmerer und OB-Kandidat Christian Geselle (SPD) in seiner Haushaltsrede den wohnungspolitischen Schwerpunkt auf die Schaffung von Bauland für „einkommensstarke Familien" legt und zugleich keine einzige Maßnahme zur Schaffung von Wohnraum im niedrigeren Preissegment vorschlägt, dann belegt dies eindrucksvoll die Ignoranz, mit der die derzeitige Stadtregierung den Problemen eines erheblichen Teils der Bevölkerung gegenübersteht. Hier hilft nur politischer Druck: von der Straße, aus den Stadtteilen und im Parlament.

Lutz Getzschmann

AUS DEN STADTTEILEN

NordstadtLinke nehmen Fahrt auf

Nachdem die Kasseler Linke im Stadtteil Nord-Holland bei der Ortsbeiratswahl im März 2016 überdurchschnittlich stark abgeschnitten hat und nun mit vier Sitzen im Ortsbeirat vertreten ist, hat sich in der Folge im Mai diesen Jahres die Kasseler NordstadtLinke gegründet.

Gleich die erste Veranstaltung wurde gut besucht. Die teilnehmenden BewohnerInnen wurden zu Beginn schriftlich befragt, welche Probleme sie für die dringlichsten hielten, wobei sich herausstellte, dass die Müllproblematik bei ihnen die höchste Priorität besaß. Andere Themen wie z. B. Verkehrslärm, Feinstaubbelastung und Wohnverhältnisse – um nur einige zu nennen – wurden ebenfalls angesprochen.

Um sich nicht nur auf die Institutionen zu verlassen, wurde die NordstadtLinke auch außerparlamentarisch aktiv, wie die Aktion „Mein sauberer Stadtteil“ zeigt. Die Gruppe traf sich im September im Parteibüro der Schillerstraße, um das Problem Vermüllung anzugehen. Vom Parteibüro aus strömte sie in den Stadtteil und sammelte innerhalb kurzer Zeit u.a. beim Rondell am Struthbachweg, am Westring und im Nordstadtpark viel wilden Müll ein. Dabei fiel auf, dass zu wenige Mülleimer vorhanden sind und im Nordstadtpark eine Toilettenanlage fehlt, wie sie in anderen Parks Gang und Gäbe ist.

Der Ortsbeirat folgte daraufhin einem Antrag der Linken und trug die Anliegen an die Stadt Kassel heran.

Mach mit!

Deine Ideen für eine bessere Nordstadt

Nordstadtlinke

nordstadtlinke@kasseler-linke.de

/nordstadtlinke

V.i.S.d.P.: Jens Mayer, c/o DIE LINKE., Schillerstraße 21, 34117 Kassel

Eine weitere außerparlamentarische Aktion war im November der Infotisch in der Fiedlerstraße zum Thema Bezahlbarer Wohnraum/Sozialer Wohnungsbau. Da in Hessen 40–50% des Einkommens für Mieten ausgegeben werden, wurde bei der offenen Bürgersprechstunde erörtert, wie die Lage im Stadtteil aussieht, zumal die Mieten in Nord- Holland in der Zeit von 2011 bis 2014 um 39,6% gestiegen sind. Die Auswertung ausgegebener Fragebögen ergab, dass das Thema nach wie vor aktuell ist aufgrund von Wohnraumknappheit, und dass insbesondere Arbeitslose, NiedriglöhnerInnen, Studierende und Flüchtlinge ein Interesse an bezahlbaren Mieten haben. Ziel muss sein, dass für alle BewohnerInnen die Mieten nicht mehr als 30% des Einkommens betragen.

Die Kasseler Linke im Ortsbeirat Nord-Holland hat in der November-Sitzung einen Antrag eingebracht, der mit absoluter Mehrheit angenommen wurde, in welchem der Magistrat aufgefordert wird, eine detaillierte Übersicht zur aktuellen Lage im Stadtteil wiederzugeben, was bezahlbaren Wohnraum bzw. den sozialen Wohnungsbau angeht.

Nachdem die NordstadtLinke Fahrt aufgenommen hat, will sie ihre Politik auch zukünftig sowohl in den Ortsbeirat ein- als auch außerparlamentarisch auf die Straße bringen.

Steven Lavan, Sebastian Zintel

Flüchtlingssprechstunde der LINKEN

Seit Oktober diesen Jahres findet in den Räumen des Parteibüros der LINKEN eine Flüchtlingssprechstunde statt. Selbst von Flucht und Migration betroffene KollegInnen unterstützen Betroffene bei Fragen rund um Soziales, Sprachunterricht und Asylverfahren in den Sprachen Dari, Farsi, Kurmandschi, Sorani, Azari und Türkisch. Ziel ist es, die fragenden Flüchtlinge zu den zuständigen Stellen, Beratungsstellen, Anwälten usw. zu lotsen, gegebenenfalls auch zu begleiten.

Die Sprechstunde für Geflüchtete findet freitags in der Schillerstraße 21 immer von 13.30 bis 15.30 Uhr statt.

Sozialkompass weiter verfügbar

Der Sozialkompass versteht sich als alternativer Stadtführer für Menschen mit wenig Geld. Er soll eine unbürokratischere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern. Die Kasseler Linke sieht dieses Projekt als eine Ergänzung zu ihrem politischen Engagement im sozialen Bereich, wie z.B. den seit Jahren andauernden Aktivitäten für ein Sozialticket in Kassel oder für einen Kasselpass/Sozialpass. Die Broschüre wird von Beratungsstellen, Zentren und Projekten verteilt. Sie kann im Fraktionsbüro der Kasseler Linken unter der Telefonnummer 0561-7873315 oder per Mail info@sozialkompasskassel.de bestellt werden. Im Büro DIE LINKE in der Schillerstr 21 und vor dem Fraktionsbüro im Rathaus Kassel liegt der Sozialkompass zum Mitnehmen aus. Die Onlineversion https://sozialkompass-kassel.de bietet mehr Informationen und auch einige auf Türkisch, Französisch und Englisch

sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel

Kasseler Kultur- und Sozialkompass

7. aktualisierte Auflage

Mit diesem Leitfaden soll die Teilhabe am kulturellen, sozialen und politischen Leben dieser Stadt auch für Menschen mit wenig Geld unterstützt werden. Hier finden sich Tipps zu den Themen Essen und Einkaufen, Beratung und Hilfe, Freizeit, Bildung und vieles mehr. Vielleicht kann diese Broschüre dabei behilflich sein, aufzutanken, Rat zu erhalten oder einfach einmal abzuschalten, um an anderer Stelle Kraft für Auseinandersetzungen und ein gemeinsames Engagement gegen Sozialabbau und soziale Kälte zu haben.

KASSELER LINKE

Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Terminkalender

Treffen,Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14-16 Uhr BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25 nicht in den Schulferien

Jeden Dienstag 14.30 - 16 Uhr Hartz-IV-Beratung mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs
Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21 Kassel

Jeden zweiten Mittwoch im Monat trifft sich die Nordstadtlinke ab 19:30Uhr in der Schillerstraße 21

Jeden Mittwoch trift sich die Linksjugend [´solid] ab 18 Uhr im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21

Aktuelle Termine unter **www.kasseler-linke.de/termine**

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke
Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315
E-Mail kontakt@kasseler-linke.de
www.kasseler-linke.de
V.i.S.d.P.: Lutz Getzschmann
Redaktion: Jens Meyer
Druck: Grafische Werkstatt von 1980, Kassel
Auflage: 8.000

DIE LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiter zu verwenden.